Niederschrift über die Sitzung des Stadtrates
vom 17.05.2017

Anwesend:

(stimmberechtigte)

Hebich, Martin	Oberbürgermeister
Baqué, Manuel	CDU
Baqué, Verena	CDU
Baumann, Michael	CDU
Bindert, Gabriele	CDU
Busch, Tobias Dr.	CDU
Campidelli, Hugo	CDU
Dropmann, Hans	CDU
Finke, Christoph	CDU
Firsching, Burkard	CDU
Fuhrmanski, Constanze	CDU
Haselmaier, Heike	CDU
Jerger, Jürgen	CDU
Lutz, Franz-Josef	CDU
Metzger, Corinna	CDU
Riede, Alexander	CDU
Schönherr, Sonja	CDU
Schwarz, Doris	CDU
Spiegel, Lucas	CDU
Süling, Carsten Dr.	CDU
Winkes, Daniel	CDU
Gruchot, Christoph Dr.	SPD
Hoppenrath, Anneliese	SPD
Klodt, Uwe	SPD
König, Adolf José	SPD
Leidig, Bernd	SPD
Leidig-Petermann, Magali	SPD
Ober, Karl	SPD
Reffert, Monika	SPD
Schiffmann, Dieter Dr.	SPD
Siegel, Marlene Charlotte	SPD
Steeg, Beate	SPD
Hezel, Carl Dr.	FWG
Hezel, Ingrid	FWG
Meissel, Gerhard	FWG
Sturm, Charis	FWG
Sturm, Rudi	FWG
Bruder, Gerhard Dr.	Die Grünen/Offene Liste
Gauch, Anne	Die Grünen/Offene Liste
Schulze, Rainer Dr.	Die Grünen/Offene Liste
Pender, Ulrich	Die Linke
Schwarzendahl, David	Die Linke
Serfas, Günther Dr.	ohne Fraktion / FDP

(nicht stimmberechtigte)

Denzer, Marika	Verwaltung
Esser, Jürgen	Verwaltung
Görtz, Kathrin	Verwaltung

Hubertus, Frank	Verwaltung
Knöppel, Bernd	Beigeordneter
Scheu, Stephanie	Verwaltung
Schulz, Matthias	Verwaltung
Schwarz, Andreas	Bürgermeister
Waschbüsch, Peter	Verwaltung
Zobel, Ronald	Verwaltung

Es fehlen entschuldigt:

(stimmberechtigte)

Baldauf, Christian	CDU
Werle-Schneider, Gisela Dr.	SPD

Beginn der Sitzung: 17:00 Uhr Ende der Sitzung: 18:50 Uhr

Die Mitglieder des Stadtrates waren durch Einladung vom 10.05.2017 auf Mittwoch, den 17.05.2017 unter Mitteilung der Tagesordnung eingeladen worden.

Zugleich mit der Einladung wurde die Sitzung unter Angabe der Tagesordnung ortsüblich bekanntgegeben.

Die Tagesordnungspunkte 1 bis 7.5 wurden in öffentlicher Sitzung, die Tagesordnungspunkte 8 bis 11 in nichtöffentlicher Sitzung im kleinen Saal des CongressForums Frankenthal, Stephan-Cosacchi-Platz 5, behandelt. Im Anschluss daran wurden die Entscheidungen aus der nichtöffentlichen Sitzung bekanntgegeben.

Als Schriftführende wurden entsprechend den Bestimmungen der Geschäftsordnung des Stadtrates die Mitglieder Alexander Riede und Dr. Gerhard Bruder bestimmt.

Das Ergebnis der Beratung ergibt sich aus den Anlagen, die Bestandteil dieser Niederschrift sind.

Oberbürgermeister Martin Hebich (Vorsitzender)	Peter Waschbüsch (Schriftführer)
RM Alexander Riede (Schriftführendes Ratsmitglied)	RM Dr. Gerhard Bruder (Schriftführendes Ratsmitglied)

T a g e s o r d n u n g

Der Antrag der SPD-Stadtratsfraktion, Vorlage XVI/1745, ging fristgerecht bei der Verwaltung ein, wurde allerdings durch ein Versehen nicht auf die Tagesordnung genommen. Dieser wird unter dem Tagesordnungspunkt 7.3 auf die Tagesordnung genommen. Die beiden Vorlagen bezüglich des Umbaus der Robert-Schuman-Schule, XVI/1742 und XVI/1743, werden ohne Gegenstimme als Tagesordnungspunkte 7.1 und 7.2 auf die Tagesordnung genommen. Zusätzlich werden zwei Eilanfragen der Stadtratsfraktion Die Grünen/Offene Liste und der CDU-Stadtratsfraktion als Tagesordnungspunkte 7.4, XVI/1749, und 7.5, XVI/1756, auf die Tagesordnung genommen.

Der Tagesordnungspunkt 8, Vorlage XVI/1593, wird von der Tagesordnung abgesetzt.

OB Hebich gibt vor Eintritt in die Tagesordnung eine Erklärung im Hinblick auf die Berichterstattung der Tageszeitung Die Rheinpfalz vom 13.05.2017 ab (bezugnehmend zu den Tagesordnungspunkten 7.4 und 7.5):

Am 27.04.2017 wurde ihm abends erstmalig über Eintragungen in sozialen Netzwerken eines Mitarbeiters der Stadt Frankenthal (Pfalz), die ehrabschneidend, hässlich und von Fremdenfeindlichkeit geprägt waren, berichtet. Daraufhin hat er am 28.04.2017 einen Mitarbeiter des Bereiches Zentrale Dienste beauftragt, diesem Hinweis nachzugehen und entsprechende Ergebnisse zu dokumentieren. Am 04.05.2017 wurden ihm erste Unterlagen vorgelegt. Diese veranlassten ihn, unmittelbar einen Rechtsbeistand zu beauftragen, um die Inhalte rechtlich zu bewerten. Der Stadtvorstand ist darüber erschüttert, dass solche Einträge aus Reihen der öffentlichen Verwaltung der Stadt Frankenthal erfolgt sind. Die entsprechenden Inhalte widersprechen dem Wertesystem und sind dem Wesen einer offenen Gesellschaft und einer offenen Stadt fremd. Aufgrund dessen wurde eine sofortige Umsetzung des Beamten eingeleitet. Es geht dabei um mehr, als um ein Bemühen und Schadensbegrenzung. Es handelte sich um einen unhaltbaren Zustand, der unverzüglich beseitigt werden musste. Es werden auch strafrechtliche Konsequenzen und disziplinare Mittel geprüft. Dazu wird er später in der nichtöffentlichen Sitzung Auskunft geben (unter dem neuen Tagesordnungspunkt 11). Der Stadtvorstand hat am 08.05.2017 die gesammelten Inhalte erörtert und diese verurteilt. Es ist nicht zu dulden, dass von öffentlicher Stelle aus beleidigende, gehässige und herabwürdigende Äußerungen gegenüber ausländischen Mitmenschen gemacht werden, egal welcher Herkunft sie sind, ob sie Flüchtlinge sind oder aus anderen Gründen in Deutschland Schutz suchen. In Frankenthal wird eine Willkommenskultur gelebt und die Stadt hat sich einem Integrationskonzept verpflichtet. Dieses Integrationskonzept wird ernstgenommen. Es ist die Pflicht des Stadtvorstandes, einzuschreiten und zu handeln, wenn auch nur der Verdacht besteht, dass in einem öffentlichen Amt unsachgemäße Entscheidungen getroffen werden. In diesem Verhalten sieht der Stadtvorstand eine Verletzung der Loyalitäts- und Treuepflichten gegenüber den Mitbürgerinnen und Mitbürgern, gegen die Stadt und gegen unseren Staat. Es ist wichtig, dass kein Verdacht bei der Stadt Frankenthal hängen bleibt. Es gibt das Recht auf freie Meinungsäußerung, allerdings endet dieses Recht dort, wo sie Menschenverachtend ist und sie respektlos ausgeübt wird. Gerade im öffentlichen Dienst und insbesondere im Sozialbereich müssen sich die Bürgerinnen und Bürger auf die Stadt und den Staat, und auf die in deren Dienste stehenden und handelnden Personen verlassen können. Daher ist ein solches Verhalten nicht hinnehmbar und die damit getroffenen Folgen sind damit konsequent. Wir stehen ein für ein offenes und freundliches Frankenthal, das keinen Platz für Hass und Ausgrenzung bietet und Fremdenfeindlichkeit

nicht toleriert.

Bgm Schwarz gibt folgende Erklärung ab:

Es gab in der Vergangenheit einen Anhaltspunkt, der bei einem Mitarbeiter eine rechte Gesinnung vermuten ließ. Er hat den Betroffenen damals damit konfrontiert und Zurückhaltung eingefordert. Die Beiträge damals waren vom Umfang und der Härte der Aussagekraft mit den jüngsten Aussagen in keinster Weise vergleichbar. Ein sofortiges Eingreifen war damals noch nicht geboten. In der Bewertung aufgrund der heutigen Erkenntnisse gibt es keinerlei Unterschiede innerhalb des Stadtvorstandes. Er kann die Ausführungen von OB Hebich nur unterstreichen und betonen. Es wäre gut, wenn die Verwaltung über ein geeignetes Warnsystem verfügen würde, um solche Grenzüberschreitungen frühzeitig zu erkennen und entsprechende Maßnahmen ergreifen zu können. Mit den vorhandenen Ressourcen, und gerade bei Einzelpersonen, ist dies sicherlich nicht leistbar. Eine systematische Verfolgung der Privatsphäre von Mitarbeitern der Stadtverwaltung ist sicherlich auch nicht der zielführende Ansatz. Ihm sind in diesem Zusammenhang mehrere Aspekte sehr wichtig:
1. Die gesetzlichen Vorgaben in diesem Bereich lassen für Eigenermessensentscheidungen kaum Spielraum.
2. Eingereichte Widersprüche wurden vom unabhängigen Stadtrechtsausschuss sowie weiteren Instanzen geprüft. In fast allen Fällen wurde der Verwaltungsentscheidung zugestimmt. Fallentscheidungen werden nicht vom Abteilungsleiter alleine, sondern in allererster Linie von den Sachbearbeiterinnen und Sachbearbeitern, gefällt. Schwierige und fragliche Fälle stimmt der Abteilungsleiter abteilungsübergreifend sowie mit seinem Vorgesetzten und dem Fachbereich Migration ab. Viele Entscheidungen wurden sogar auf Ebene des Stadtvorstandes beraten. Es besteht kein unmittelbarer Einfluss auf die Bearbeitung des Tagesgeschäftes durch den Abteilungsleiter. Weder dem Stadtvorstand noch der Bereichsleitung lagen oder liegen Erkenntnisse vor, dass die politische Stimmung des Betroffenen Einfluss auf dienstliche Entscheidungen gehabt hätte. Es ist der Anspruch der Abteilung, auch in Zeiten höchster Fallzahlen und kaum vorhandener Ressource wie Wohnraum, im Team nach Lösungen zu suchen, die den Menschen in Not so weit wie möglich gerecht werden. Es darf von Seiten der Verwaltung allerdings keine Toleranz gegenüber derartigen politischen Meinungsäußerungen der Belegschaft oder gar der Gefahr der Einflussnahme auf Verwaltungsentscheidungen herrschen. Die Verwaltung wird aktiv den im Integrationskonzept aufgezeigten Weg fortsetzen. Das Ziel muss es sein, permanent daran zu arbeiten, Ängste und Vorurteile gegen Zuwanderung sowie die Diskriminierung einzelner Bevölkerungsgruppen abzubauen. Gelebte Vielfalt und Willkommenskultur einerseits, und Entschiedenheit, Rassismus und Rechtsextremismus entgegenzutreten, auf der anderen Seite sind eine Daueraufgabe. Dazu sieht er die Verwaltung in der Verpflichtung.

OB Hebich erklärt, dass entschiedene Fälle sowie anstehende Fälle nochmals überprüft werden. Damit soll eine Person mit juristischem Sachverstand beauftragt werden, welche nicht in den betroffenen Bereich involviert ist. Dadurch soll verlorenes Vertrauen zurückgewonnen werden. Zusätzlich soll ein Treffen mit den ehrenamtlich helfenden Personen stattfinden sowie eine Social Media Richtlinie erarbeitet werden.

Im Anschluss erhalten die beiden antragstellenden Fraktionen die Möglichkeit, weitere Fragen zu stellen. Dies wird unter den jeweiligen Tagesordnungspunkten 7.4 und 7.5 protokolliert.

I. <u>Öffentliche Sitzung</u>

Einwohnerfragestunde

Vorlagen der Verwaltung

1. Nachwahl in Ausschüsse
   hier: Haupt- und Finanzausschuss und Krankenhausausschuss
   Vorlage: XVI/1737

2. Nachwahl in den Jugendhilfeausschuss
   Vorlage: XVI/1699

3. Änderung der Zuständigkeitsordnung (-ZustO-) der Stadt Frankenthal (Pfalz) vom 18. November 2009 in der Fassung vom 11.November 2014
   Vorlage: XVI/1553

4. Bebauungsplan "Pilgerpfad-Nord, Neufassung", Beschluss zum Bebauungsplan-Entwurf und Beschluss zu den Beteiligungen nach § 3 Abs. 2 und § 4 Abs. 2 BauGB
   Vorlage: XVI/1700

5. Bebauungsplan "Pilgerpfad Nord - Neufassung", Verlängerung der Veränderungssperre gemäß § 17 BauGB
   Vorlage: XVI/1703

6. Änderung des Gesellschaftsvertrags der GML Abfallwirtschaftsgesellschaft mbH,
   hier: Namensänderung
   Vorlage: XVI/1621

7. Absichtserklärung zur Schließung von Friedhofsteilen
   Vorlage: XVI/1691

7.1. Umbau der Robert-Schuman-Schule in eine Integrierte Gesamtschule
   hier: Fachkabinette - Deckenversorgungssysteme
   Vorlage: XVI/1742

7.2. Umbau der Robert-Schuman-Schule in eine Integrierte Gesamtschule
   hier: Lehrmittel Naturwissenschaften
   Vorlage: XVI/1743

7.3. Sachstand zur Umsetzung der geplanten Kita-Neubauten
   hier: Antrag der SPD-Stadtratsfraktion
   Vorlage: XVI/1745

7.4. Ausländerfeindliche Äußerungen eines Spitzenbeamten
   hier: Eilanfrage der Stadtratsfraktion Die Grünen / Offene Liste
   Vorlage: XVI/1749

7.5. Äußerungen in sozialen Netzwerken
   hier: Eilanfrage der CDU-Stadtratsfraktion
   Vorlage: XVI/1756

II. <u>Nichtöffentliche Sitzung</u>

Grundstücks-, Vergabe- und Personalangelegenheiten

III. <u>Öffentliche Sitzung</u>

Bekanntgabe der Entscheidungen aus der nichtöffentlichen Sitzung

Stadtrat der Stadt Frankenthal (Pfalz)

XVI. Wahlperiode 2014 – 2019

Drucksache Nr.

Aktenzeichen: Datum: Hinweis:

Einwohnerfragestunde

Beratungsergebnis:

Gremium	Sitzung am	Top	Öffentlich:	X	Einstimmig:		Ja-Stimmen:	
Stadtrat	**17.05.2017**				Mit		Nein-Stimmen:	
			Nichtöffentlich:		Stimmenmehrheit:		Enthaltungen:	

Laut Beschluss-vorschlag:	Protokollanmerkungen und Änderungen	Kenntnisnahme:	Stellungnahme der Verwaltung ist beigefügt:	Unterschrift:
	X			

Abdruck an:

Protokoll:

Es liegen keine Anfragen vor.

Stadtrat der Stadt Frankenthal (Pfalz) Drucksache Nr.

XVI. Wahlperiode 2014 – 2019 **XVI/1737**

Aktenzeichen: 101/2/Wa Datum: Hinweis:

Nachwahl in Ausschüsse
hier: Haupt- und Finanzausschuss und Krankenhausausschuss

Beratungsergebnis:

Gremium	Sitzung am	Top	Öffentlich:	X	Einstimmig:	X	Ja-Stimmen:	
Stadtrat	**17.05.2017**	**1**			Mit		Nein-Stimmen:	
			Nichtöffentlich:		Stimmenmehrheit:		Enthaltungen:	

Laut Beschluss-vorschlag:	Protokollanmerkungen und Änderungen	Kenntnisnahme:	Stellungnahme der Verwaltung ist beigefügt:	Unterschrift:
X	X			

Abdruck an:
101

Die Verwaltung bittet zu beschließen wie folgt:

In den Haupt- und Finanzausschuss wird als ordentliches Mitglied gewählt

Herr Hugo Campidelli

anstelle von

Herrn Daniel Winkes.

In den Krankenhausausschuss wird als ordentliches Mitglied gewählt

Herr Daniel Winkes

anstelle von

Herrn Hugo Campidelli.

Protokoll:

Das Stimmrecht von OB Hebich ruht gemäß § 36 Abs. 3 Satz 2 Nr. 1 GemO.

Stadtrat der Stadt Frankenthal (Pfalz)

XVI. Wahlperiode 2014 – 2019

Drucksache Nr.

XVI/1699

Aktenzeichen: 101/2/Wa Datum: Hinweis:

Nachwahl in den Jugendhilfeausschuss

Beratungsergebnis:

Gremium	Sitzung am	Top	Öffentlich:	X	Einstimmig:	X	Ja-Stimmen:	
Stadtrat	**17.05.2017**	**2**			Mit		Nein-Stimmen:	
			Nichtöffentlich:		Stimmenmehrheit:		Enthaltungen:	

Laut Beschluss-vorschlag:	Protokollanmerkungen und Änderungen	Kenntnisnahme:	Stellungnahme der Verwaltung ist beigefügt:	Unterschrift:
X	X			

Abdruck an:
101

Die Verwaltung bittet zu beschließen wie folgt:

In den Jugendhilfeausschuss wird als stellvertretendes Mitglied

Herr Christian Bruns
anstelle von
Frau Elisabeth Wind

gewählt.

Protokoll:

Das Stimmrecht von OB Hebich ruht gemäß § 36 Abs. 3 Satz 2 Nr. 1 GemO.

Stadtrat der Stadt Frankenthal (Pfalz)

XVI. Wahlperiode 2014 – 2019

Drucksache Nr.

XVI/1553

Aktenzeichen: 101/WW Datum: Hinweis:

Änderung der Zuständigkeitsordnung (-ZustO-) der Stadt Frankenthal (Pfalz) vom 18. November 2009 in der Fassung vom 11.November 2014

Beratungsergebnis:

Gremium	Sitzung am	Top	Öffentlich:		Einstimmig:		Ja-Stimmen:	
Stadtrat	**17.05.2017**	**3**			Mit		Nein-Stimmen:	
			Nichtöffentlich:		Stimmenmehrheit:		Enthaltungen:	

Laut Beschluss-vorschlag:	Protokollanmerkungen und Änderungen	Kenntnisnahme:	Stellungnahme der Verwaltung ist beigefügt:	Unterschrift:
X				

Abdruck an:
101

Die Verwaltung bittet zu beschließen wie folgt:

Die Zuständigkeitsordnung der Stadt Frankenthal (Pfalz) wird wie folgt geändert:

In § 6 Abs. 4 Nr. 6, § 9 Abs. 2 Nr. 1, § 10 Abs. 2 Nr. 5, § 11 Abs. 2 Nr. 1 und § 13 Abs. 1 Nr. 10 werden die Beträge „1.000 €“ durch „3.000 €“ ersetzt.

In § 6 Abs. 4 Nr. 6, § 9 Abs. 2 Nr. 1, § 10 Abs. 2 Nr. 5 und § 11 Abs. 2 Nr. 1 wird jeweils folgender Schlusssatz in Klammern eingefügt: „(Die Verwaltung berichtet zweimal jährlich über die gewährten Zuschüsse bis 3.000,00 €)“.

Die Änderung tritt zum Ersten des auf die Beschlussfassung durch den Stadtrat folgenden Monats in Kraft.

Stadtrat der Stadt Frankenthal (Pfalz) Drucksache Nr.

XVI. Wahlperiode 2014 – 2019 **XVI/1700**

Aktenzeichen: 612/Kt Datum: Hinweis:

Bebauungsplan "Pilgerpfad-Nord, Neufassung", Beschluss zum Bebauungsplan-Entwurf und Beschluss zu den Beteiligungen nach § 3 Abs. 2 und § 4 Abs. 2 BauGB

Beratungsergebnis:

Gremium	Sitzung am	Top	Öffentlich:		Einstimmig:		Ja-Stimmen:	
Stadtrat	**17.05.2017**	**4**		**X**		**X**		**40**
					Mit		Nein-Stimmen:	
			Nichtöffentlich:		Stimmenmehrheit:		Enthaltungen:	**1**

Laut Beschluss-vorschlag:	Protokollanmerkungen und Änderungen	Kenntnisnahme:	Stellungnahme der Verwaltung ist beigefügt:	Unterschrift:
X	**X**			

Abdruck an:
61

Die Verwaltung bittet zu beschließen wie folgt:

1. Der Bebauungsplan-Entwurf in der Fassung von April 2017 bestehend aus der Planzeichnung (Anlage 2) und den textlichen Festsetzungen (Anlage 3) wird beschlossen. Die Begründung (Anlage 4) wird gebilligt.

2. Die Verwaltung wird beauftragt, mit dem hier vorliegenden Bebauungsplan-Entwurf mit der Bezeichnung „Pilgerpfad-Nord, Neufassung“

   a.) die Beteiligung der Öffentlichkeit gemäß § 3 Abs. 2 BauGB (Offenlage) und

   b.) die Beteiligung der Behörden und sonstigen Träger öffentlicher Belange gemäß § 4 Abs. 2 BauGB

   durchzuführen.

Protokoll:

Die Ratsmitglieder Ingrid Hezel und Dr. Carl Hezel verlassen für die Tagesordnungspunkte 4 und 5 den Sitzungssaal da bei ihnen Ausschließungsgründe gemäß § 22 Abs. 1 Nr. 1 GemO vorliegen. Beide Ratsmitglieder wohnen in dem betroffenen Gebiet.

OB Hebich erläutert die Vorlage ausführlich. Er teilt mit, dass am 27.06.2017 eine Bürgerinformationsveranstaltung geplant ist.

RM Charis Sturm erklärt, dass die FWG-Stadtratsfraktion den Bebauungsplan für unnötig erachtet. Der bisher einzige Interessent einer Aufstockung hat mittlerweile sein Haus nach den bisherigen Regeln saniert. Sie bittet darum, das Planverfahren einzustellen und die Veränderungssperre aufzuheben.

RM Hoppenrath kritisiert die Höhe der Einfriedungen bis zu 1,40 m und dass diese zusätzlich geschlossen sein dürfen. Ansonsten begrüßt die SPD-Stadtratsfraktion den Bebauungsplan.

Die anderen Stadtratsfraktionen sehen den Bebauungsplan sehr positiv.

Stadtrat der Stadt Frankenthal (Pfalz) Drucksache Nr.

XVI. Wahlperiode 2014 – 2019 **XVI/1703**

Aktenzeichen: 612/Kt Datum: Hinweis:

Bebauungsplan "Pilgerpfad Nord - Neufassung", Verlängerung der Veränderungssperre gemäß § 17 BauGB

Beratungsergebnis:

Gremium	Sitzung am	Top	Öffentlich:	X	Einstimmig:	X	Ja-Stimmen:	39
Stadtrat	**17.05.2017**	**5**			Mit		Nein-Stimmen:	
			Nichtöffentlich:		Stimmenmehrheit:		Enthaltungen:	1

Laut Beschluss-vorschlag:	Protokollanmerkungen und Änderungen	Kenntnisnahme:	Stellungnahme der Verwaltung ist beigefügt:	Unterschrift:
X	X			

Abdruck an:
61

Die Verwaltung bittet zu beschließen wie folgt:

Die vom Stadtrat in seiner Sitzung am 21.07.2015 als Satzung beschlossene Veränderungssperre (siehe Anlage 2) für den Geltungsbereich des Bebauungsplanes „Pilgerpfad-Nord, Neufassung“ (siehe Anlage 1) wird gemäß § 17 Abs. 1 BauGB um ein Jahr verlängert.

Protokoll:

Die Ratsmitglieder Ingrid Hezel und Dr. Carl Hezel verlassen für die Tagesordnungspunkte 4 und 5 den Sitzungssaal da bei ihnen Ausschließungsgründe gemäß § 22 Abs. 1 Nr. 1 GemO vorliegen. Beide Ratsmitglieder wohnen in dem betroffenen Gebiet.

RM Charis Sturm ist bei der Abstimmung nicht anwesend.

Stadtrat der Stadt Frankenthal (Pfalz)

Drucksache Nr.

XVI. Wahlperiode 2014 – 2019

XVI/1621

Aktenzeichen: 83-214/My Datum: Hinweis:

Änderung des Gesellschaftsvertrags der GML Abfallwirtschaftsgesellschaft mbH,
hier: Namensänderung

Beratungsergebnis:

Gremium	Sitzung am	Top	Öffentlich:	X	Einstimmig:	X	Ja-Stimmen:	
Stadtrat	**17.05.2017**	**6**			Mit		Nein-Stimmen:	
			Nichtöffentlich:		Stimmenmehrheit:		Enthaltungen:	

Laut Beschluss-vorschlag:	Protokollanmerkungen und Änderungen	Kenntnisnahme:	Stellungnahme der Verwaltung ist beigefügt:	Unterschrift:
X				

Abdruck an:
83

Die Verwaltung bittet zu beschließen wie folgt:

Der Stadtrat nimmt, nach Vorberatung durch den Betriebsausschuss, den Vorschlag der GML zur Kenntnis und stimmt der Änderung des Gesellschaftsvertrags zur Namensänderung der „GML Abfallwirtschaftsgesellschaft mbH“ in GML – Gemeinschafts-Müllheizkraftwerk Ludwigshafen GmbH“ zu.

Stadtrat der Stadt Frankenthal (Pfalz) Drucksache Nr.

XVI. Wahlperiode 2014 – 2019 **XVI/1691**

Aktenzeichen: 83-214/My Datum: Hinweis:

Absichtserklärung zur Schließung von Friedhofsteilen

Beratungsergebnis:

Gremium	Sitzung am	Top	Öffentlich:		Einstimmig:		Ja-Stimmen:	
Stadtrat	**17.05.2017**	**7**		**X**			Mit	
			Nichtöffentlich:		Stimmenmehrheit:	**X**	Nein-Stimmen:	**1**
							Enthaltungen:	

Laut Beschluss-vorschlag:	Protokollanmerkungen und Änderungen	Kenntnisnahme:	Stellungnahme der Verwaltung ist beigefügt:	Unterschrift:
X	**X**			

Abdruck an:
83

Die Verwaltung bittet zu beschließen wie folgt:

Bekanntgabe der Absichtserklärung zur Schließung folgender Friedhofsteile:

- Hauptfriedhof, Sternbecken
- Vorortfriedhof Eppstein, neuer Teil
- Vorortfriedhof Flomersheim:
  - Alter Teil Nordmauer ab dem letzten Brunnen in Richtung Ostmauer
  - Alter Teil A ab dem letzten Brunnen in Richtung Ostmauer
  - Alter Teil B ab dem letzten Brunnen in Richtung Ostmauer
  - Alter Teil Ostmauer
  - Alter Teil Südmauer ab der Trauerhalle in Richtung Ostmauer
  - Neuer Teil Nordmauer
  - Neuer Teil A
  - Neuer Teil B
- Vorortfriedhof Mörsch, alter Teil.

Protokoll:

Bg Knöppel stellt die Vorlage ausführlich vor.

Die Stadtratsfraktionen begrüßen die Vorlage.

RM Dr. Bruder erklärt, dass er es nicht verstehen kann, dass der schönste Teil des Friedhofs in Flomersheim aufgegeben werden soll. Er sieht zwar die Notwendigkeit der Aufgabe einer Teilfläche, kann der Vorlage aber nicht zustimmen.

Stadtrat der Stadt Frankenthal (Pfalz)

XVI. Wahlperiode 2014 – 2019

Drucksache Nr.

XVI/1742

Aktenzeichen: 25/pg/we Datum: Hinweis:

Umbau der Robert-Schuman-Schule in eine Integrierte Gesamtschule
hier: Fachkabinette - Deckenversorgungssysteme

Beratungsergebnis:

Gremium	Sitzung am	Top	Öffentlich:	X	Einstimmig:	X	Ja-Stimmen:	
Stadtrat	**17.05.2017**	**7.1**			Mit		Nein-Stimmen:	
			Nichtöffentlich:		Stimmenmehrheit:		Enthaltungen:	

Laut Beschluss-vorschlag:	Protokollanmerkungen und Änderungen	Kenntnisnahme:	Stellungnahme der Verwaltung ist beigefügt:	Unterschrift:
X				

Abdruck an:
25

Die Verwaltung bittet zu beschließen:

der Firma

Hohenloher Spezialmöbelfabrik Schaffitzel
GmbH & Co. KG
Vertriebszentrum West
Industriestraße 5
59457 Werl

für den Umbau der Robert-Schuman-Schule in eine Integrierten Gesamtschule; hier Fachkabinette - Deckenversorgungssysteme, auf der Grundlage des Angebotes vom 24.04.2017 zum Angebotspreis von

148.980,86 € einschließlich Mehrwertsteuer

den entsprechenden Auftrag zu erteilen.

Stadtrat der Stadt Frankenthal (Pfalz) Drucksache Nr.

XVI. Wahlperiode 2014 – 2019 **XVI/1743**

Aktenzeichen: 25/Pg/we Datum: Hinweis:

Umbau der Robert-Schuman-Schule in eine Integrierte Gesamtschule
hier: Lehrmittel Naturwissenschaften

Beratungsergebnis:

Gremium	Sitzung am	Top	Öffentlich:		Einstimmig:		Ja-Stimmen:	
Stadtrat	**17.05.2017**	**7.2**			Mit		Nein-Stimmen:	
			Nichtöffentlich:		Stimmenmehrheit:		Enthaltungen:	

Laut Beschluss-vorschlag:	Protokollanmerkungen und Änderungen	Kenntnisnahme:	Stellungnahme der Verwaltung ist beigefügt:	Unterschrift:
X				

Abdruck an:
25

Die Verwaltung bittet zu beschließen:

der Firma

Phywe Systeme GmbH & Co. KG
Robert-Bosch-Breite 10
37079 Göttingen

für den Umbau der Robert-Schuman-Schule in eine Integrierten Gesamtschule; hier Lehrmittel Naturwissenschaften, auf der Grundlage des Angebotes vom 25.04.2017 zum Angebotspreis von

86.719,32 € einschließlich Mehrwertsteuer

den entsprechenden Auftrag zu erteilen.

Stadtrat der Stadt Frankenthal (Pfalz)

XVI. Wahlperiode 2014 – 2019

Drucksache Nr.

XVI/1745

Aktenzeichen: SPD Datum: Hinweis:

Sachstand zur Umsetzung der geplanten Kita-Neubauten hier: Antrag der SPD-Stadtratsfraktion

Beratungsergebnis:

Gremium	Sitzung am	Top	Öffentlich:	X	Einstimmig:		Ja-Stimmen:	
Stadtrat	**17.05.2017**	**7.3**			Mit		Nein-Stimmen:	
			Nichtöffentlich:		Stimmenmehrheit:		Enthaltungen:	

Laut Beschluss-vorschlag:	Protokollanmerkungen und Änderungen	Kenntnisnahme:	Stellungnahme der Verwaltung ist beigefügt:	Unterschrift:
	X			

Abdruck an:
25 / 51

Bezugnehmend auf die im Planungs- und Umweltausschuss vorgetragene Liste der möglichen Standorte für Kita-Neubauten, wird die Verwaltung beauftragt die weitere Vorgehensweise bei der Schaffung der baurechtlichen Voraussetzungen und dann bei der Realisierung der notwendigen Kita-Neubauten vorzustellen:

1. Die Verwaltung berichtet über die Fortschreibung der Bedarfsplanung Kindertagesstätten und dem sich daraus ergebenden Bedarf an Kita-Plätzen zur Erfüllung des Rechtsanspruches.
2. Entscheidung über und Erstellung einer Prioritätenliste für die vorgestellten Standorte und Projekte
   a. Mörsch (ehem. Friedhofsfläche)
   b. Am Kanal/Nachtweideweg
   c. Eppstein Weidstraße
   d. Schraderstraße gegenüber Altera
   e. Parkplatz P2, ehemaliges KBA-Gelände (Ecke Albertstr./Petersgartenweg)
3. Erstellung eines detaillierten Zeitplanes für die Umsetzung der geplanten Kita-Neubauten im Einzelnen.
4. Voraussichtliche Aufnahme des Betriebes bzw. Fertigstellung der Kitas an den ausgewählten Standorten um dem Bedarf begegnen zu können.
5. Die Verwaltung berichtet regelmäßig über den Stand der Umsetzung im Stadtrat.

Begründung:
Im Planungs- und Umweltausschuss wurde auf Anfrage der SPD-Fraktion eine Liste zu den geplanten Kita-Neubauten bzw. möglichen Standorten für einen Kita-Neubau vorgestellt. Die letzte Bedarfsplanung Kindertagesstätten wurde im Jugendhilfeausschuss am 17.11.2016 und im Stadtrat am 07.12.2017 (Drucksache XVI/1441) vorgetragen. Daraus geht hervor, dass in Frankenthal nach wie vor ein erheblicher Bedarf an Plätzen für unter 3-jährige, aber auch für über 3-jährige Kinder besteht.
Schon heute ist absehbar, dass der Rechtsanspruch auf einen Kita-Platz in dem zu erwartenden größeren Umfang nicht entsprochen werden kann. Es ist dringend erforderlich, dass die Verwaltung zügig dem Stadtrat Entscheidungen über Standorte und einen Zeitplan zur Realisierung zusätzlicher Kitas vorlegt.

Mit freundlichem Gruß

für die SPD Stadtratsfraktion

B. Steg

Vorsitzende

Protokoll:

RM Steeg erläutert den Antrag ausführlich.

Bgm Schwarz nimmt wie folgt Stellung:
Aufgrund mehrerer beteiligter Fachämter ist eine umfängliche, zufriedenstellende Antwort heute nicht möglich. Der Rechtsanspruch auf einen Kita-Platz ist eingeführt. Die Stadt Frankenthal versteht sich als familienfreundliche Stadt und möchte allen, die einen Kita-Platz haben wollen, auch einen zur Verfügung stellen. Diesem Anspruch kann die Stadt allerdings aktuell nicht nachkommen. Hier ist es gerade für die Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter, die in direktem Kontakt zu den Familien stehen, schwierig, um Verständnis zu werben. Die Fortschreibung des Kitabedarfsplanes erfolgt regelmäßig im Jugendhilfeausschuss. Im Ü3-Bereich gibt es aktuell 86 Kinder, die noch nicht versorgt sind. Im U3-Bereich sind es bei den Zweijährigen (bis zum 31.07.2015 geboren) 70 Kinder und bei den Einjährigen 39 Kinder. Das korrespondiert mit der Forderung, dass zunächst zwei 6-gruppige Kindertagesstätten gebaut werden sollen. Aus heutiger Sicht ist ein erhöhter Bedarf feststellbar, der allerdings dynamisch ist. Es wurden einige Grundstücke untersucht und sind zurzeit in einer fachlichen Bewertung durch verschiedene Gutachten. Er sagt eine umfassende Berichterstattung nach Abschluss der Untersuchungen zu.

Stadtrat der Stadt Frankenthal (Pfalz) Drucksache Nr.

XVI. Wahlperiode 2014 – 2019 **XVI/1749**

Aktenzeichen: Die Grünen Datum: Hinweis:

Ausländerfeindliche Äußerungen eines Spitzenbeamten hier: Eilanfrage der Stadtratsfraktion Die Grünen / Offene Liste

Beratungsergebnis:

Gremium	Sitzung am	Top	Öffentlich:	X	Einstimmig:		Ja-Stimmen:	
Stadtrat	**17.05.2017**	**7.4**			Mit		Nein-Stimmen:	
			Nichtöffentlich:		Stimmenmehrheit:		Enthaltungen:	

Laut Beschluss-vorschlag:	Protokollanmerkungen und Änderungen	Kenntnisnahme:	Stellungnahme der Verwaltung ist beigefügt:	Unterschrift:
	X			

Abdruck an:
10

Ich frage im Auftrag der Fraktion

1.) Wurden im Facebook-Account des Beamten strafrechtlich relevante Äußerungen getätigt wie Beleidigung oder Volksverhetzung? Wenn ja, wurde die Staatsanwaltschaft eingeschaltet? Soll gegen den Beamten ein Disziplinarverfahren eingeleitet werden?
2.) Wieso wurden trotz Kenntnis der Aktivitäten des Beamten erst nach Monaten Maßnahmen ergriffen?
3.) Hält die Stadtverwaltung weiterhin die vom Stadtrat mit dem Willkommenskonzept beschlossenen Schulungen für Beschäftigte mit Kundenkontakt für unnötig?

Begründung:

In der Rheinpfalz wurde über monatelange ausländerfeindliche Auslassungen eines Spitzenbeamten in facebook.berichtet. Zumindest dem zuständigen Dezernenten war dies bekannt. Dessen Hinweis an den Beamten, dass dies problematisch sei, scheint dieser ignoriert zu haben. Wir wollen wissen, warum danach längere Zeit keine Maßnahmen erfolgten. Auch die ehrenamtlich Helfenden haben beklagt, dass der Ton im Sozialamt unangemessen sei. Auf meine Forderung, die im Willkommenskonzept vorgesehenen Schulungen durchzuführen, wurde mir letztes Jahr erwidert, das sei nicht nötig. Ist die Stadt angesichts der Äußerungen des Vorgesetzten immer noch der Meinung, auf die vom Rat beschlossene Schulung verzichten zu können?

Im Auftrag der Fraktion DIE GRÜNEN – Offene Liste
mit freundlichen Grüßen

Rainer Schulze

Dr. Rainer Schulze (Ratsmitglied)

Protokoll:

Die Tagesordnungspunkte 7.4 und 7.5 werden gemeinsam unter Tagesordnungspunkt 7.4 protokolliert.

RM Dr. Busch möchte wissen, warum Bgm Schwarz den Beamten seit der Kenntnis über seine Gesinnung nicht regelmäßig überprüft hat. Es ist ein gewaltiger Imageschaden entstanden. Ihm fehlt bei den Fragen 2 und 6 der Anfrage der CDU-Stadtratsfraktion noch eine Antwort.

Bgm Schwarz erklärt, dass der Schwerpunkt damals nicht darauf lag, Einträge in sozialen Netzwerken zu kontrollieren, sondern die Fälle zu prüfen. Er war seit der Kenntnis in die Entscheidungen aller Fälle involviert.

OB Hebich erklärt zu Frage 6, dass jeder Zugriff auf das Profil des Beamten hatte.

RM Dr. Schulze erklärt zur Anfrage der Stadtratsfraktion Die Grünen/Offene Liste, dass Frage 2 soweit beantwortet wurde. Mit der Beantwortung der Frage 1 in nichtöffentlicher Sitzung ist er einverstanden. Zur Frage 3 möchte er wissen, ob die im Integrationskonzept vorgesehenen Schulungen durchgeführt werden.

OB Hebich erklärt, dass innerhalb der Verwaltung regelmäßig Mitarbeiter der verschiedenen Bereiche geschult wurden und auch zukünftig geschult werden. Dies betrifft vor allem die Themen Interkulturelle Kompetenz und konstruktive Konfliktlösungen. Die Weiterbildungen sind freiwillig, werden aber sehr gut von den Mitarbeitern angenommen.

RM Steeg begrüßt die umfangreiche Aufarbeitung der Vorfälle. Es ist wichtig, dass eine klare Abgrenzung gezogen wird zwischen dem betroffenen Beamten und den restlichen Mitarbeitern. Sie relativiert die Aussage, dass es ein Imageschaden für die Stadt ist. Sie ist der Meinung, dass es wichtig ist, so einen Vorfall umfassend aufzuarbeiten.

RM Firsching möchte nochmals wissen, warum der zuständige Dezernent die Einträge des Beamten nachfolgend nicht überprüft hat.

Bgm Schwarz erklärt, dass die Verwaltung es nicht leisten kann, umfänglich Mitarbeiter in sozialen Netzwerken zu überwachen. Zusätzlich hat der Beamte im Laufe der Zeit seinen Nutzernamen geändert und hat auch in keinen Posts geäußert, dass er bei der Stadtverwaltung Frankenthal arbeitet.

OB Hebich wiederholt, dass die Verwaltung eine Social Media Richtlinie erarbeiten wird.

RM Hezel erklärt, dass die Freie Wähler Gruppe die Verwaltung unterstützen wird. Sie möchte wissen, warum dieser Fall nicht in der Sitzung des Ältestenrates am 08.05.2017 Thema war.

OB Hebich führt aus, dass an diesem Tag die internen Untersuchungen begonnen haben. Eine Information sollte erst dann erfolgen, wenn eine Angelegenheit umfänglich aufgearbeitet ist. Die Fraktionen wurden unmittelbar nach der Umsetzung des Beamten darüber informiert.

RM Dr. Bruder ist der Meinung, dass es zu einem Vertrauensverlust gekommen ist. Er hofft, dass jetzt die Möglichkeit genutzt wird, neues Vertrauen aufzubauen und aus den Versäumnissen zu lernen. Die negativen Äußerungen bezüglich der fehlenden Kontrolle von Bgm Schwarz kann er nicht umfassend nachvollziehen.

Abschließend erklärt OB Hebich, dass es in Frankenthal eine enorme Zahl von ehrenamtlichen Helfern gibt. Das soziale Engagement ist sehr beeindruckend, wichtig und für die Verwaltung sehr wertvoll. Die Verwaltung möchte dies unterstützen und stärken. Es ist ein Zeichen einer lebendigen Zivilgesellschaft.

Stadtrat der Stadt Frankenthal (Pfalz)

XVI. Wahlperiode 2014 – 2019

Drucksache Nr.

XVI/1756

Aktenzeichen: CDU Datum: Hinweis:

Äußerungen in sozialen Netzwerken
hier: Eilanfrage der CDU-Stadtratsfraktion

Beratungsergebnis:

Gremium	Sitzung am	Top	Öffentlich:		Einstimmig:		Ja-Stimmen:	
Stadtrat	**17.05.2017**	**7.5**			Mit		Nein-Stimmen:	
			Nichtöffentlich:		Stimmenmehrheit:		Enthaltungen:	

Laut Beschluss-vorschlag:	Protokollanmerkungen und Änderungen	Kenntnisnahme:	Stellungnahme der Verwaltung ist beigefügt:	Unterschrift:
	X			

Abdruck an:
10

Wir fragen die Verwaltung:

1. Hat der Leiter der Abteilung Soziales/Haushalt im Bereich Familie, Jugend und Soziales innerhalb des Dezernats B, die von ihm in sozialen Netzwerken verbreiteten rassistischen und gegenüber Institutionen und Amtsträgern, herabwürdigende Äußerungen auch im Zusammenhang mit seiner dienstlichen Tätigkeit von sich gegeben, ggf. gegenüber wem (Mitarbeitern, Vorgesetzten, Antragstellern und Ratsuchenden, ehrenamtlichen Flüchtlingshelfern, sonstigen EinwohnerInnenn der Stadt Frankenthal?
2. Gibt es Erkenntnisse darüber, dass der betreffende Beamte in seinem dienstlichen Umfeld Handlungsweisen an den Tag gelegt oder Entscheidungen getroffen hat bzw. diese als Vorgesetzter treffen ließ, die als politisch motivierte Handlungen zum Nachteil von Flüchtlingen oder Flüchtlingshelfern interpretiert werden könnten?
3. Wenn ja, wann ist dies Mitarbeitern und Vorgesetzten erstmals bekannt geworden?
4. Falls die Vorgänge dem Bereichsleiter und dem zuständigen Dezernenten bereits zu einem früheren Zeitpunkt bekannt waren: Aus welchen Gründen wurden keine weiteren Maßnahmen getroffen?
5. Lassen sich schon Aussagen darüber treffen, ob die Äußerungen in sozialen Netzwerken erkennen ließen, dass es sich bei dem Urheber um den Leiter der Abteilung Soziales/Haushalt im Bereich Familie, Jugend und Soziales handelte, so dass ohne weiteres ein Zusammenhang mit dessen dienstlicher Stellung hergestellt werden konnte?
6. Lassen sich schon Aussagen darüber treffen, ob zu dem Kreis der Personen, die Zugang zu den Einträgen des betreffenden Beamten in den sozialen Netzwerken hatten,
   a. Mitarbeiter der Stadtverwaltung,
   b. Asylbewerber und Flüchtlinge,
   c. ehrenamtliche Flüchtlingshelfer,
   d. sonstige EinwohnerInnen der Stadt Frankenthal
   gehörten?
7. Welche weiteren Maßnahmen beabsichtigt die Verwaltung in Bezug auf
   a. dienstaufsichtsrechtliche,
   b. disziplinarische,
   c. strafrechtliche
   Maßnahmen gegen den betreffende Beamten zu ergreifen?
8. Sieht die Verwaltung Möglichkeiten, derartige Umtriebe künftig frühzeitig zu erkennen und dagegen einzuschreiten, wenn ja, welche?

Begründung

A. Zur Eilbedürftigkeit

Der Ältestenrat der Stadt Frankenthal konnte erst am Freitag, den 12.5.2017, über die Vorgänge, zu denen unter B. noch näher Stellung genommen wird, unterrichtet werden. Die Öffentlichkeit wurde über zwei Beiträge in der Ausgabe vom 13.5.2017 der Tageszeitung Die Rheinpfalz informiert. Damit war die Frist des § 20 Abs. 1 GeschO nicht einzuhalten. Gleichwohl besteht ein großes Bedürfnis, die Angelegenheit in der Sitzung des Stadtrats vom 17.5.2017 zu behandeln. Dies ergibt sich schon daraus, dass es sich um eine Angelegenheit von großem öffentlichen Interesse handelt, mit der sich zwangsläufig der Rat der Stadt Frankenthal zeitnah zu befassen hat. Zudem ist zu erwarten, dass die Angelegenheit auch ein überörtliches Interesse auf sich ziehen könnte, so dass die Fraktionen jederzeit über den aktuellen Stand der Dinge informiert sein müssen.

B. Zur Sache

Es handelt sich um einen bislang einmaligen Vorgang, dass ein beamteter Abteilungsleiter der Stadt Frankenthal rassistische und gegenüber Institutionen und Amtsträgern herabwürdigende Äußerungen in sozialen Netzwerken postet, die, zumindest nach der Berichterstattung in der Zeitung, jedermann zugänglich sein können. Der Oberbürgermeister der Stadt Frankenthal, Martin Hebich, hat, nachdem ihm die Vorfälle bekannt wurden, schnell und umsichtig reagiert, indem er die Sache an sich gezogen, den betreffenden Beamten umgehend seiner Aufgaben enthoben und ihn an eine andere Position versetzt hat. Gleichwohl bleiben noch viele Fragen offen, die sich aus der oben stehenden Anfrage ergeben.

Gabriele Bindert

Protokoll:

Die Tagesordnungspunkte 7.4 und 7.5 werden gemeinsam unter Tagesordnungspunkt 7.4 protokolliert.

Stadtrat der Stadt Frankenthal (Pfalz) Drucksache Nr.

XVI. Wahlperiode 2014 – 2019

Aktenzeichen: Datum: Hinweis:

Bekanntgabe der Entscheidungen aus der nichtöffentlichen Sitzung

Beratungsergebnis:

Gremium	Sitzung am	Top	Öffentlich:	X	Einstimmig:		Ja-Stimmen:	
Stadtrat	**17.05.2017**				Mit		Nein-Stimmen:	
			Nichtöffentlich:		Stimmenmehrheit:		Enthaltungen:	
Laut Beschluss-vorschlag:	Protokollanmerkungen und Änderungen		Kenntnisnahme:		Stellungnahme der Verwaltung ist beigefügt:		Unterschrift:	
	X							
Abdruck an:								

Protokoll:

OB Hebich gibt die Entscheidungen aus der nichtöffentlichen Sitzung bekannt:

TOP 8	Grundstücksverkauf	-abgesetzt-
TOP 9	Auftragsvergabe für Schülerbeförderung	-einstimmig-
TOP 10	Auftragsvergabe für Mittagsverpflegung	-einstimmig-
TOP 11	Bericht über eine Personalangelegenheit	-Kenntnis genommen-